

**Unsere Forderung:
Deutlich mehr als 3 Prozent - Volle Angleichung Ost**

**Antwort der Arbeitgeber:
Nullrunde, sonst Stellenabbau**

Das lassen wir uns nicht gefallen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

**Ihre Position: Kein Spielraum
für höhere Einkommen**

Sollten in den Verhandlungen Lohn-
erhöhungen vereinbart werden, drohen
sie mit betriebsbedingten Kündigungen
oder erwarten einen entsprechenden
Ausgleich an anderer Stelle.

Die kommunalen Arbeitgeber lehnen
Angleichungsschritte im Tarifgebiet Ost ab.
Alle Arbeitgeber fordern, die Beschäftigten
dort an den Kosten ihrer betrieblichen
Altersversorgung zu beteiligen.

Sie bestreiten den massiven Arbeitsplatz-
abbau der letzten Jahre im öffentlichen
Dienst vehement.

Sie sprechen uns das Recht ab, mit ihnen
über die Übertragung des Tarifergebnisses
auf die Beamtinnen und Beamten auch
nur zu reden. Dies sei einzig und allein
Aufgabe des Gesetzgebers.

Am 15. November 2002 wurden die Tarif-
verhandlungen für den öffentlichen Dienst
in Stuttgart aufgenommen.

Wir haben gefordert:

- Die Löhne und Vergütungen um deut-
lich mehr als 3 Prozent zu erhöhen.
- Die Einkommen in den neuen Ländern
auf hundert Prozent des Westniveaus
bis spätestens 2007 anzugleichen.
- Die Übernahmeregelung für die
Auszubildenden zu verlängern und
- Das Tarifergebnis auf die Beamtinnen
und Beamten zu übertragen.
- Wir wollen Verhandlungen ohne
Rituale. Wir wollen einen Abschluss vor
Weihnachten.

Die Arbeitgeber von Bund, Ländern und
Gemeinden ließen nicht erkennen, dass sie
an schnellen Verhandlungen interessiert
sind.

Deshalb:
**Gemeinsame Forderungen
Gemeinsame Aktionen
Gemeinsamer Erfolg**

Mit dieser
Tarifrunde
werden **auch**
für den
kirchlichen
Bereich die
entscheidenden
Weichen
gestellt!

Kirchliche
Arbeitgeber
orientieren
sich **an den**
Ergebnissen
der Tarifver-
handlungen
für den
Öffentlichen
Dienst.

Die **Arbeits-**
situation vor
Ort **und** die zu
leistende
Arbeitsqualität
sind gleich.

Deshalb
verdienen die
Beschäftigten in
Einrichtungen
der Kirchen,
Diakonie und
Caritas den
gleichen Lohn
wie im Öffent-
lichen Dienst.

Die Arbeitgeber haben vertiefende Verhandlungen abgelehnt und bestanden auf eine Unterbrechung.

Wir haben den Arbeitgebern deutlich widersprochen.

Der Stellenabbau ist für alle Beschäftigten deutlich spürbar: Sie müssen immer mehr und intensiver arbeiten, um ihre Aufgaben erledigen zu können.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht für die falsche Finanz- und Steuerpolitik verantwortlich.

Sie haben wie Ihre Kolleginnen und Kolle-

gen in der privaten Wirtschaft Anspruch auf guten Lohn für gute Arbeit.

Eine Erhöhung ihrer Einkommen um deutlich über 3 Prozent und volle Angleichung auf 100 Prozent in den neuen Ländern bis spätestens 2007 ist mehr als gerechtfertigt.

Die Zeitverzögerungen der Arbeitgeber werden von uns nicht hingenommen. Der Auftakt macht deutlich:

Die Tarifrunde 2002 erfordert ab sofort unseren gemeinsamen Einsatz!

Auf das Verhalten der Arbeitgeber muss eine Antwort aus den Betrieben und Dienststellen erfolgen

Zeigt den Arbeitgebern, dass wir unsere Forderung ernst nehmen!

Die Verhandlungen werden am 11. Dezember fortgesetzt. Wir erwarten dann ein verhandlungsfähiges Angebot.

ver.di **Beitrittserklärung**
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich / männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
 Schüler/in-Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in
Ingenieur/in

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum/Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tariff. Lohn- bzw. Gehaltsgruppe _____

lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjaar _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach §14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag Euro 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.